

Adenauer: Ein klares Nein

Westen hält Sowjet-Pläne für unannehmbar — Vierertreffen?

Von unserem Korrespondenten

W. Bonn. — Bundeskanzler Dr. Adenauer hat erklärt, den neuen sowjetischen Deutschland-Vorschlägen müsse man ein „hartes, eindeutiges Nein“ entgegensetzen. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU sagte Adenauer, die neuen Vorschläge der Sowjets seien eine Quittung auf die Haltung eines Teiles der deutschen Öffentlichkeit, der Verhandlungen mit Pankow als Möglichkeit hingestellt habe. „Wer jetzt hier bei uns in Deutschland schwimmt, läuft Gefahr, daß ihm gerade in dieser Situation die Freunde wegschwimmen.“

Adenauer sprach die Hoffnung aus, daß man in Deutschland jetzt „zurück zur Klarheit“ kommen werde. Als nächsten Schritt kündigte er Besprechungen mit den westlichen Verbündeten und unter Umständen auch mit neutralen Staaten an. Auch von sämtlichen Parteien ist der Moskauer Entwurf eindeutig abgelehnt worden. Aber während die Bundesregierung jede darüber hinausgehende Äußerung vermied, forderten die beiden Oppositionsparteien, SPD und FDP, sofort die Vorlage westlicher Gegenvorschläge und sprachen die Hoffnung aus, daß es trotz der Unannehmbarkeit des sowjetischen Entwurfs zu Verhandlungen zwischen West und Ost kommen werde.

Vor dem Atlantikrat

Die Zurückhaltung der Bundesregierung ist aus der Tatsache zu erklären, daß die westliche Erwiderung wie gewöhnlich im Pariser Atlantikrat abgesprochen wird. Es ist zweifelhaft, ob die Westmächte und die Bundesregierung der Aufforderung der Oppositionsparteien nachkommen. Vielmehr erinnerte der Sprecher des Auswärtigen Amtes daran, daß Bonn und die westlichen Mächte in ihren erst wenige Tage alten Berlin-Noten umfassende Verhandlungen über die Deutschlandfrage, die europäische Sicherheit und die Abrüstung vorgeschlagen hatten. Sie wollten damit gerade verhindern, daß

sich die Verhandlungen auf einen deutschen Friedensvertrag beschränkten.

Der britische Standpunkt

Die britische Regierung will eine formelle Antwort auf die sowjetischen Vorschläge nach Konsultationen mit ihren Verbündeten ausarbeiten. Diplomatische Kreise der britischen Hauptstadt vertraten die Auffassung, daß der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages von Großbritannien zurückgewiesen werde, daß jedoch wahrscheinlich für den Frühsummer eine Viererkonferenz einberufen werde.

Diplomatische Kreise Londons erklärten, die Basis für eine Viermächtekonferenz sei durch den sowjetischen Plan gegeben, vor der von Moskau angeregten Friedenskonferenz vorbereitende Gespräche mit den drei Westmächten zu führen. Falls man die zu erörternden Themen nicht von vornherein begrenze, dürften derartige Gespräche zustande kommen. Man rechnet in London allerdings damit, daß es die Sowjetunion ablehnen wird, über freie Wahlen in Gesamtdeutschland zu diskutieren, während der Westen seinerseits die sowjetische Haltung in der Berlin-Frage ablehnen werde.

Erst Wiedervereinigung!

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums kündigte an, die USA würden mit

Großbritannien und Frankreich über den sowjetischen Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland und die letzte Note Moskaus beraten. Diese drei Staaten seien diejenigen Westmächte, die für eine endgültige Regelung mit einem wiedervereinigten Deutschland verantwortlich seien. Daneben würden auch Konsultationen mit anderen NATO-Ländern erfolgen.

Der Sprecher sagte, die sowjetischen Dokumente schienen im wesentlichen frühere sowjetische Vorschläge und Auffassungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu wiederholen. Der volle Text werde jetzt sorgfältig geprüft.

In diplomatischen Kreisen Washingtons wurde mit Aufmerksamkeit verzeichnet, daß die Erklärung des State Department-Sprechers eine Friedensregelung mit einem wiedervereinigten Deutschland erwähnt. Dies wird als Hinweis darauf verstanden, daß die amerikanische Politik nach wie vor an der Auffassung festhält, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten nicht ohne Wiedervereinigung Deutschlands geführt werden. Im übrigen erhofft man in Washington eine Klärung der Frage, ob überhaupt Ansatzpunkte für neue Entwicklungsmöglichkeiten allgemein vorhanden sind, von dem vorgesehenen Gespräch zwischen dem Ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan und Präsident Eisenhower. Ebenso wie in London ist man auch in Washington der Ansicht, daß die Entwicklung trotz aller Vorbehalte auf eine Konferenz hinausläuft und die aufgenommene Fühlung nicht abgebrochen wird.

Um Berlin

K. W. B. In dieser Woche könnte die neue Regierung Berlins ihre Tätigkeit aufnehmen, die vor fünf Wochen gewählt worden ist. Sie könnte, wenn das Abgeordnetenhaus, das sich am Montag zur konstituierenden Sitzung zusammenfand, wirklich seine Zustimmung zu den Abmachungen der Fraktionschefs gibt. Es war schwieriger, als die klaren Abstimmungsergebnisse vom 7. Dezember dies erwarten ließen, den neuen Senat unter Dach und Fach zu bringen. Die Schwierigkeiten, eine Herrschaft von Potenzen zusammenzuführen, lagen mehr bei den Personen, als bei den Parteien. Nicht, daß der Wunsch, einen Posten zu bekommen oder zu behalten, den Parteigremien und ihren Koalitionsrücksichten den großen Kummer bereitet hat: Es erwies sich, daß es Berlin sehr schwer hat, die richtigen Köpfe zu finden und, wenn man sie hat, sie zu einer Gruppe individuell geprägter, aber gemeinschaftlich Handelnder zusammenzuführen.

Es ist müßig, sich heute zu überlegen, ob die Schwierigkeiten für eine klare und entschlossene Spitzengruppe der politischen Führung in Berlin geringer gewesen wären, wenn die beiden Parteien, der Wahlentscheidung folgend, sich in fairer Regierungs- und Oppositions-Verantwortung gegenübergestellt hätten. Mit der Einsicht jedoch, daß die beiden nunmehr das politische Leben repräsentierenden Gruppen sich zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen sollten, mußte aber auch die gemeinsame Verantwortung in der Besetzung der leitenden Positionen mit den stärksten Persönlichkeiten zum Ausdruck kommen.

Freilich wird der Senat von Berlin viel stärker als früher sich als ein Instrument einer gesamtdeutschen Politik fühlen können. Wie der Regierende Bürgermeister Brandt in Paris bei der Außenministerkonferenz erschien, war dies schon die Reputation nicht einer Stadt oder eines in besonderer Lage befindlichen deutschen Landes, sondern es war ein Stück deut-

scher Politik. So wird man auch die Reise aufzufassen haben, die Brandt Anfang Februar durch die halbe Welt antritt. Nicht Propaganda für die Stadt Berlin, nicht Information lediglich über ihre Lage ist notwendig, sondern die Verbreitung der Erkenntnis, daß mit Berlin das Kernstück der deutschen Politik auf den Verhandlungstisch gelegt worden ist. Vielleicht hat es noch nie eine so große Übereinstimmung zwischen dem, was Berlin zu tun und Bonn zu betreiben hat, gegeben, wie heute. Der Nervenzentrum der deutschen Politik ist die Anstrengung für Berlin geworden. Und diese Anstrengung für Berlin mündet unausweichlich in der Anstrengung für das ganze Deutschland.

In solcher Lage wenden sich die Aspekte für Kirchturmpolitiker — gleich welcher Herkunft —, aber auch für Interessenjäger schwinden die Chancen. Wir hören, daß der Bund neun Millionen Mark allein dafür ausgeben will, um die deutsche und europäische Situation der Stadt wenigstens in der europäischen Nachbarschaft als das Politikum unserer Wochen bekanntzumachen. Das ist nicht viel. Aber es kann politische Wellen schlagen, wenn eben das mögliche Schicksal der Stadt Engländern, Franzosen, Italienern nicht nur als bedauerndes Schicksal einer Menscheninsel, sondern als das jeden von ihnen persönlich bedrohende Schicksal offenkundig wird. Deshalb kann Werbung für Berlin gewiß nur mit großen nationalen und europäischen Solidaritätsimpulsen auf fruchtbaren Boden fallen. Wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin in die freie Welt hinausfährt, sollte man ihn als einen Sendboten der Politik empfangen, die das verantwortliche freie Deutschland stetig betreibt. Und in den Spitzen des Berliner Senats werden umgekehrt die vielen Besucher, die in den nächsten Wochen Berlin anlaufen werden, die tatkräftigen Vertreter jener Politik zu erkennen suchen, die der freien Welt hierfür den Kampf um Berlin gegen den Osten empfiehlt.

Man sollte nicht glauben, daß die neue Berliner Regierung schon durch die Wähler, die sie am 7. Dezember gerufen haben,

den schlimmsten Teil der Drohung hinter sich gebracht hätte. So normale Verwaltungsfunktionen auch Berlin braucht — sosehr wird den Verwaltungsspitzen auch ein besonderes politisches Fingerspitzengefühl abverlangt. Wir haben eben an der blamablen Affäre des Studentenkongresses zur Atomrüstung erlebt, wieviel politische Unsicherheit und welche labilen Gesinnungen auch unter den Köpfen dieser Stadt der Freiheit vorhanden sind. Vielleicht lag es nicht zum wenigsten an dem Interegnum zwischen den Regierungen, daß sich die Klarheit zur politischen Festigkeit für eine Weile aus unserer Stadt beurlaubt fühlte. Vom neu-alten Senat wird man rasch die schrankenlose Führung in diesen Wochen der politischen Belastung erwarten müssen.

Denke ja niemand daran, daß mit den großen und entscheidenden Entschlüssen der westlichen Außenminister und der NATO-Staaten der Alpdruck aus Moskau gebannt ist. Auch die Noten aus Washington, London, Paris und aus Bonn haben nicht das Ende, ja kaum die Verschiebung der Gefahren bewirkt. Selbst die harten Memoranden, mit denen insbesondere Amerika der Sowjetunion einen erschütternden Unterricht in Geschichtswahrheit gab, machen Berlin nicht von der Belastung eines möglichen schrecklichen Übermorgen frei. Auch wenn es so aussieht, als sei der ominöse Termin vom 28. Mai, mit dem Moskau gedroht hat, im sowjetischen Kalkül nicht mehr das Bleigewicht; auch wenn von Mikojaans amerikanischen Reiseaktionen widersprüchliche, mal aufweichende, mal wieder einfrierende Berlin-Außerungen bekanntwerden; auch wenn das Aide-memoire, das den Amerikanern und Franzosen jetzt übergeben wurde, einen Streifen freundlichen Klimas in den düsteren Hintergrund zeichnen wollte; auch wenn die überraschend neuen Dokumente aus Moskau über einen Friedensvertragsvorschlag das Thema Berlin weiterhin entschärfen sollten: Die Aufgabe in Berlin bleibt eine politische Aufgabe, und zwar die vorrangigste politische Aufgabe Deutschlands.

Europäische Kirchengemeinschaft gefestigt

Kirchenkonferenz in Nyborg führte zu einem weitgehenden Übereinkommen

J. Nyborg (Eigenber.). „Wir haben als europäische Kirchen miteinander und aneinander eine Aufgabe, aus der wir uns nicht gegenseitig entlassen können und entlassen wollen... Größer als die Unterschiede sind die in der Situation eines ideologisch gespaltenen Europas uns gemeinsam befohlenen Verpflichtungen.“ Diese verpflichtende Erkenntnis, die in dem entscheidenden Kommissionsbericht der am 9. Januar beendeten ersten gesamteuropäischen Kirchenkonferenz in Nyborg festgehalten ist, bildet den Ausgangspunkt für die künftige enge Zusammenarbeit von rund 50 Kirchen und Kirchengemeinschaften in mehr als zwanzig europäischen Ländern.

Der überaus gewagte Versuch, der mit dieser Nyborger Zusammenkunft gemacht wurde, ist geglückt: es soll nicht bei dieser einmaligen Konferenz bleiben, sondern die in Nyborg vertretenen Kirchen wollen zusammenbleiben und haben sich — wenn auch in einer zunächst noch lockeren Form — ein Instrument für ihre Zusammenarbeit geschaffen.

In Nyborg haben evangelische, reformierte, lutherische, uierte, orthodoxe Christen aus ganz Europa ihren Willen bekundet, zusammenzubleiben, die Kontakte zu festigen und bestimmte Aufgaben „in der heutigen säkularisierten Welt“ gemeinsam anzupacken.

Am stärksten wurde beachtet, daß zum ersten Male auf einer internationalen kirchlichen Tagung auch die Russisch-Orthodoxe Kirche vertreten war. Sie ist damit aus ihrer selbstgewählten Isolierung herausgetreten. Ihr Abgesandter, der Leningrader Professor Parisski, hat uneingeschränkt die Bereitschaft seiner Kirche zur Mitarbeit an gemeinsamen Aufgaben in Europa erklärt. Aber auch die estnischen und lettischen Lutheraner, die verschiedenen Kirchen in Polen und der Tschechoslowakei haben in Nyborg ebenfalls mit besonderer Wärme auch ihren Willen bekundet, an der Lösung praktischer Aufgaben in der Zukunft mitzuwirken.

Die stärksten Einschränkungen und Vorbehalte kamen von der ungarischen Seite. Die Konferenzteilnehmer mußten immer wieder den Eindruck gewinnen, als ob bei den Ungarn am stärksten unter allen Delegierten die politische Zielsetzung eine Rolle spielte. Hier war auch das Mißtrauen gegen den Westen am stärksten. So wehrten sich die Ungarn bis zuletzt mit Verbisserheit dagegen, daß der Sitz dieser neuen kirchlichen Europa-Institution nach Genf gelegt würde, das heißt in die unmittelbare Nähe des Weltrats der Kirchen. Sie haben schließlich in dieser Frage, an der im letzten Augenblick fast noch der Zusammenschluß in der nun vollzogenen Form gescheitert wäre, nachgeben müssen. Und doch darf auch gerade die große politische Bedeutung dieser kirchlichen Europagemeinschaft

nicht übersehen werden. Mit Recht hat man in Nyborg vermieden, zu einer der großen aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Und doch war das Zusammensein als solches schon ein Politikum ersten Ranges.

Es war fast symbolhaft, als der Berliner Bischof Dibelius, der die Tagung mit einem Grundsatzreferat über die europäische Verantwortung eröffnet hatte, als achter und wohl ältester Sprecher dieser Konferenz allen, die seit der ersten, noch sehr begrenzten europäischen Begegnung vor zwei Jahren in Luselund dieses Werk bis zu seiner Konsolidierung in Nyborg gefördert haben, Dank sagte. Er schlug damit die Brücken über viele Spannungen und Unebenheiten hinweg zu einem neuen, verheißungsvollen Beginn.

Michael Grzimek tödlich verunglückt

Ngorongoro (Ostafrika).

Michael Grzimek, der Sohn des Direktors des Frankfurter Zoologischen Gartens, Dr. Bernard Grzimek, ist tödlich verunglückt, als er mit seinem Flugzeug bei Tierbeobachtungen im Nationalpark von Serengeti abstürzte. Die Nachricht vom Tode seines Sohnes erhielt Dr. Grzimek durch Eingeborene, die von einer Löwenjagd zurückkehrten. Michael Grzimek befand sich seit Anfang August auf Safari in Ostafrika.

*

DT. Der tödliche Absturz von Michael Grzimek ruft nicht nur deshalb besondere Anteilnahme hervor, weil hier so unerwartet ein begabter junger Tierbeobachter und Forscher starb, der seine Eindrücke aus den unendlichen Landschaften Afrikas glücklich in Bild und Wort umzusetzen verstand; hier bricht auch sehr hart eine familiäre Berufsgemeinschaft ab. In dem Film „Kein Platz für wilde Tiere“ hatte sie sich zum erstenmal einer weiten Öffentlichkeit vorgestellt. Verschie-

dene Auszeichnungen, so auch bei den Berliner Filmfestspielen 1956, wurden Dr. Bernard Grzimek und seinem Sohn damals für diese von konstruierten Drückern freien Tieraufnahmen zuteil. Darüber hinaus war der allgemeine Erfolg Ansporn zu weiteren Forschungsfahrten.

Dr. Grzimek, der Direktor des Frankfurter Zoologischen Gartens, hat durch manche Modernisierung — u. a. geht der Aufbau des neuen Exotariums auf seine Initiative zurück — wie auch in jahrelanger Arbeit als Publizist viel zum Verständnis der Öffentlichkeit für das Leben der Tiere beigetragen. Vor allem sind auch seine Fernsehsendungen sehr beliebt. Michael, sein Sohn, war ihm stets ein guter Assistent und wohl inzwischen viel mehr als das — ein junger Mensch, dem es gegeben war, bei dieser Arbeit nicht nur seinen Vater nachzunehmen, sondern aus seiner intensiv geförderten Persönlichkeit heraus und mit der Liebe, die er für Natur und Kreatur empfand, vielleicht eines Tages auf diesem Gebiet internationalen Ruf zu gewinnen.

Im Sommer Schlitten — im Winter Zelte

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Die SED läßt den Sputnik im Kosmos feiern, als habe der erste Sekretär Ulbricht ihn eigenhändig erfunden. Die Ostpresse schüttet Schmähungen gegen den Westen aus und singt Lobeshymnen auf die Sowjetunion. Im übrigen hagelt es weiter Vorwürfe, Anschuldigungen, Verleumdungen. Aber Ansätze zu Verhandlungen, zur Versöhnung und Verständigung fehlen.

CHEMNITZ

Für persönliche Lesepläne. Die Bibliothekare der Werkbüchereien in Chemnitz beschwerten sich, daß die Funktionäre nicht genug lesen. Selten nur würde gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftliche Literatur ausgeliehen. Da solle man durch einen persönlichen

„Berlin war Weckruf“

Berlin (dpa). Die politische Bedrohung Westberlins habe in der gesamten Bundesrepublik wie ein Weckruf gewirkt und mit einem Schlage deutlich werden lassen, daß „Deutschland ein Ganzes geblieben ist, wenn schon nicht als Staat, so doch als Volk“. Dies stellte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Schütz, in einem Jahresrückblick fest. Schütz wies auf das lebhafteste Echo hin, das das Kuratorium für seine Aktion „Macht das Tor auf“ gefunden habe. Als Aufgabe der kommenden Monate bezeichnete es Schütz, für diese sich wandelnde Volksmeinung den geeigneten äußeren Rahmen zu finden, auf einem Wege, der sich „weder in der Apathie von gestern, noch in der Hysterie von vorgestern verlieren“ dürfe.

Leseplan abhelfen. Die Auswahl der Leihbücher beginne beim Bucheinkauf und ende bei der persönlichen Beratung. Fast alle äußerten beim Buchausleih „Nur nichts Politisches“.

Persönlichen Kompaß abgeben. Auf Versammlungen werden die Mitglieder der FDJ gedrängt, ihren persönlichen Kompaß abzugeben. Die FDJ-Grundeinheit in Seifersbach bei Chemnitz verpflichtete sich z. B.: eine

Kleinstsportanlage zu bauen, für 50 Mark Sondermarken zu verkaufen, die Patenschaft über die Jugend des Nachbardorfes zu übernehmen, eine Agitpropgruppe zu bilden, vier bunte Abende durchzuführen, alle Bauernkinder des Dorfes für die FDJ zu gewinnen, einen Hektar Mais zu pflegen, 200 Stunden im Aufbauwerk zu arbeiten, 500 Stunden in der Ernte zu leisten und Abonnenten für die SED-Presse zu werben.

LEIPZIG

Zuchthaus für Goldschieber. Ein 57jähriger Rechtsanwalt und Kaufmann und zehn weitere Angeklagte wurden wegen umfangreicher Goldverkäufe zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. In dem Prozeßbericht der „Leipziger Volkszeitung“ heißt es: „Wie immer, wenn Bürger aus der sogenannten bürgerlichen Gesellschaft vor einem sozialistischen Gericht stehen, gilt es auch, die verkommene bürgerliche Moral bloßzulegen.“ Die Angeklagten wurden beschuldigt, die sozialistischen Moralgesetze nicht beachtet zu haben.

Im Sommer Schlitten und im Winter Zelte. Bei einem Kundengespräch im HO-Sportartikelhaus in Leipzig wurde festgestellt, daß sich die saisongerechte Belieferung immer noch nicht durchgesetzt habe. Kindertrainingsanzüge, Spikes, Stahlbandmaße, Kochgeschirre, Feldflaschen, Bodengymnastikanzüge, FDJ-Hemden und -Blusen seien laut Zusicherung des Großhandelskontors immer vorrätig, die Praxis zeige jedoch, daß diese Zusicherungen nicht stimmen. Der Zustand, daß im Sommer genug Schlitten vorrätig sind, im Winter dagegen genügend Zelte, muß schnell überwunden werden. Die Verkaufsammlung beschloß ferner, Betriebe aufzusuchen, deren Arbeit in der Qualität zu wünschen übrigläßt.

MAGDEBURG

Exotische Schönheiten hinter Glas. Im Aquarium der Gewächshäuser tummeln sich die Fische. In 16 Becken sieht man die mannigfaltigsten Fische, Segelflosser, Schwertfische,

Schleierfische, Neonsalmler und vielerlei Goldfische.

„Der Weg zu den Sternen“, so heißt das Thema des nächsten Jugendforums, das den Start des Sonnensputniks „XXI, Parteitag“ behandelt. Öffentliche Stellungnahmen aus allen Kreisen der Bevölkerung werden in der Provinzpresse veröffentlicht. Die Parteizeitungen sind einem Freudentaumel verfallen. Handelsfunktionäre in Magdeburg erklärten, es sei nicht wesentlich, ob es Gummiband oder Südfrüchte gäbe, wichtig wäre allein, daß die Sowjetunion das Weltall bezwingen kann.

ROSTOCK

Der Dank des Konsuls. Folgendes Inserat wurde in der „Ostseezeitung“ vom 7. Januar abgedruckt: „Der Dank des Konsuls. Das Konsulat der UdSSR in Rostock dankt herzlich allen Partei- und Massenorganisationen, staatlichen Institutionen, Industriebetrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, volkseigenen Gütern, MTS, Schulen und Bürgern, die dem sowjetischen Volk, der kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Sowjetregierung anlässlich des Starts der sowjetischen kosmischen Rakete Gratulationen und beste Wünsche übermittelt haben. Der Konsul der UdSSR der Stadt Rostock, gez. P. Kollow.“

Mitarbeiter der Sowjetbotschaft Ostberlin im Propagandaeinsatz. Zum Thema „Wann wird die Sowjetunion die USA überholen“ sprechen Gastreferenten der Sowjetbotschaft in Ostberlin laufend in verschiedenen Städten der Zone. In Rostock sprachen sie im Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

„Steckenpferd“. Das 32. Schiff der Zonen-Handelsflotte ist das 10 000-t-Schiff „Steckenpferd“. Auf seiner Jungfernenreise läuft es Alexandrien an und liefert der Vereinigten Arabischen Republik Ammonsulphat. Das Schiff soll auf jeder Seereise der Zonenregierung 200 000 bis 260 000 DM Devisen sparen, die sonst für die Befrachtung fremder Schiffe verauslagt werden müßten.

Mikojan löst Panik aus

Er bestand auf einem Besuch der Chikagoer Michigan-Avenue

Chikago (dpa/ap). Der erste stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan überraschte in Chikago — offenbar wenig beeindruckt von den vorangegangenen Demonstrationen — den Chef der ihn bewachenden Detektive, Hauptmann Pat Deeley, mit dem Wunsch nach einem Spaziergang auf der Michigan-Avenue. Der sowjetische Gast wollte sehen, was sich dort verändert hat, seitdem er vor 22 Jahren das letztemal da war. Deeley lehnte das Ersuchen Mikojans ab und sagte: „Wir haben genug Schwierigkeiten nach Lage der Dinge“, aber Mikojan ließ sich die Gelegenheit nicht abschlagen, amerikanische Verbrauchsgüter zu sehen. Er

rückzuhalten. Mehr als sechs Personen, darunter zwei Frauen, wurde Erste Hilfe gewährt, nachdem sie gefallen und von den Schaulustigen fast zertrampelt worden wären.

Lobrede auf Molotow

Am Abend sprach Mikojan auf Einladung Stevensons bei einem Abendessen mit Rechtsanwälten über die Entwicklung in der sowjetischen Führungsschicht. Dabei sagte er lächelnd über die in Ungnade gefallen früheren

Sowjetführer: „Noch immer respektiere und bewundere ich Molotow sehr. Er ist allerdings ein sehr konservativer Mann. Er hält alles Vergangene für gut und alles Zukünftige für schlecht. Jetzt ist er Botschafter in der Mongolei, aber die Mongolei ist nicht Panama, sie ist größer.“

Über Kaganowitsch, der zusammen mit Molotow gestürzt wurde, sagte Mikojan: „Er ist Molotow ähnlich, doch es gibt Unterschiede.“ Über Bulganin, den früheren Ministerpräsidenten, sagte er nur: „Er hat jetzt einen wichtigen Posten und ist Leiter einer Organisation, die Ihren Monopolen ähnelt.“

Wodka aus Rolandswerth

„Kleine Aufmerksamkeiten“ in Bonn

H. Bonn (Eigenbericht). Das Wort „Kontaktpflege“ spielt in der Bundeshauptstadt eine große Rolle. Die Lobbyisten aller Preisklassen wissen ein Lied davon zu singen, wie wichtig Kontakte sind. Daß es dabei manchmal Kurzschlüsse gibt, erfuhr jüngst die handelspolitische Abteilung der Bonner Sowjetbotschaft, die ebenfalls darauf aus ist, Kontakte zu pflegen. Ausgerüstet mit der Meinung, daß in kapitalistischen Ländern von vornherein etwas faul sein müsse im Staate, verschickte sie zum Jahreswechsel an zahlreiche deutsche Industrielle, an Parlamentarier und an bestimmte Leute des Bonner Regierungsviertels kleine Päckchen. Mit guten Wünschen für das neue Jahr.

Ein Päckchen, das sagt noch nicht viel. Der Inhalt macht's. Der Inhalt nun war entweder eine Flasche Krimsekt oder eine Flasche Wodka oder russisches Konfekt. Manchmal — der Grad der Wichtigkeit entschied — waren auch zwei Flaschen im Paket. Der Komparativ von Kontaktpflege heißt, wie wir aus der jüngsten Zeit wissen, leichte Bestechung. Mit der Kontaktpflege war also etwas ganz Bestimmtes beabsichtigt. Schon ein Drehbleistift und ein Taschenkalender verursachen heute bei Behörden gelindes Unbehagen. Aber erst Krimsekt oder Wodka? So kam es denn auch! Vierzig

Pakete wurden inzwischen der Sowjetbotschaft in Rolandswerth zurückgeschickt, von Parlamentariern und aus dem Regierungsviertel. Mit schönem Dank für die Aufmerksamkeit. Die Herren der Industrie schickten nichts zurück.

Bundestag treibt Sport

Die „Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag“ zählt 118 Abgeordnete und sieben Bundesminister zu ihren Mitgliedern. Die meisten sind passive, einige allerdings aktive Mitglieder. Der sportliche Leiter ist Herr Schulmeister, der nicht nur zum Spaß so heißt. Er ist aktiver Boxer. Es wäre schlecht zu schildern, wenn er so wichtige Leute wie die Minister Strauß oder Schröder, die passive Mitglieder sind, zu Boden streckte und auszählte. Oder wie wäre es mit einer Rechtsauslage für Lemmer, einem Haken aufwärts für Brentano oder einem K. o. für den FDP-Abgeordneten Wolfgang Döring, die ebenfalls Mitglieder sind? Schulmeister wird sich in Kürze mit dem CDU-Abgeordneten Gontrum, evangelischer Pfarrer aus Gießen, ebenfalls Boxer, im Ring messen.

Molotow nach Den Haag

Moskau (ap). Von niederländischer Seite in Moskau ist bestätigt worden, daß die Sowjetregierung in Den Haag um die Zustimmung zur Entsendung des früheren Außenministers Molotow als neuen Botschafter in den Niederlanden nachgesucht hat. Molotow vertritt gegenwärtig die Sowjetunion in der Mongolei. In Den Haag wurde erklärt, daß man nunmehr auf das förmliche Ersuchen warte. Politische Beobachter in Moskau äußerten die Ansicht, daß Molotow von der Mongolei in eine westliche Hauptstadt versetzt werden solle, da sein jetziger Dienstsitz zu nahe an Peking liege.

ging in den „Merchandise Mart“, ein riesiges Ausstellungsgebäude, in dem Großhandelsfirmen ihre Waren zeigen. Es liegt am Rande der „Loop“, dem Zentrum Chikagos.

Das Ergebnis war chaotisch. Hunderte von Händlern, die in dem Gebäude eine Ausstellung besichtigten, wurden plötzlich in eine wilde Schlacht verwickelt, als Mikojan, gefolgt von vielen Polizisten, Reportern und Fotografen, das Haus betrat. Ein Handgemenge entwickelte sich, als Mikojan mit seinem Gefolge den Fahrstuhl betrat. Detektive und uniformierte Polizisten hatten alle Hände voll zu tun, um die Neugierigen zu-

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Brandt wiedergewählt

Parlament konstituierte sich — Senatsbildung am Donnerstag

Berlin (Eigenbericht). Das neue Berliner Abgeordnetenhaus hat in seiner zweiten Sitzung, die eine Stunde nach der Konstituierung des Parlaments und dem offiziellen Rücktritt des bisherigen Senats stattfand, auf Vorschlag der SPD-Fraktion Willy Brandt zum Regierenden Bürgermeister wiedergewählt. Von 127 abgegebenen Stimmen erhielt Brandt 120, ein Abgeordneter stimmte mit nein und sechs enthielten sich der Stimme. Unmittelbar nach seiner Wahl erklärte Brandt, er hoffe, dem Parlament bereits am Donnerstag seine Regierungserklärung unterbreiten zu können. Das Schwergewicht der Arbeit werde künftig auf den Aufgaben liegen, die sich aus der gegenwärtigen Krise um Berlin ergeben würden.

Der ebenfalls wiedergewählte Parlamentspräsident Willy Henneberg (SPD) wies in seiner Glückwunschsprache an Brandt darauf hin, daß dieser am Donnerstag hoffentlich auch die Mitglieder des neuen Senats

durch den Alterspräsidenten, den 72jährigen CDU-Abgeordneten Siegmund Weltlinger, eröffnet.

In seiner Eröffnungsansprache für die dritte Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses sagte Weltlinger, er stehe tief bewegt vor dem Plenum. Er sei in Deutschlands dunkelster Zeit verfolgt und gepeinigt worden. Nicht überall glaube man an einen „durchgreifenden Gesinnungswandel der Bevölkerung in bezug auf die Thesen der Nürnberger Gesetze“. Die Berliner Wahlen vom 7. Dezember hätten aber zum ersten Male seit 1945 auch in dieser Beziehung einen Test liefern können. Er sei, fuhr Weltlinger fort, bewußt als ein „Verfechter der damaligen Zeit“ in seinem Wahlkreis herausgestellt worden. Seinen Wahlerfolg sehe er keineswegs als persönliches Verdienst an, sondern als eine Demonstration dafür, daß die alten Vorurteile in Berlin überwunden seien. Weltlinger schloß mit dem Wunsch, daß der Tag nicht mehr fern sein möge, „an dem wir endlich den Trauerflor von diesen Fahnen hier entfernen können und Berlin wieder die stolze Hauptstadt eines in Frieden und Freiheit geeinten Deutschlands ist“.

vollständig zur Wahl vorstellen könne. Vor der Wahl des Regierenden Bürgermeisters war das Berliner Parlament, das sich nunmehr aus 78 Abgeordneten der SPD und 55 der CDU zusammensetzt, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Die Sitzung wurde

Was Moskau will

Der Friedensvertragsentwurf, den die sowjetische Regierung am Wochenende vorgelegt hat, enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen für den künftigen Status Deutschlands:

- ① Neutralisierung
- ② Grenzen nach dem Stand vom 1. Januar 1959
- ③ Verzicht auf die deutschen Ostgebiete
- ④ Abzug aller ausländischen Truppen ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages
- ⑤ Nationale Streitkräfte
- ⑥ Verbot von Atom- und Raketenwaffen, Bombenflugzeugen und U-Booten
- ⑦ Verzicht der Siegermächte auf weitere Reparationen
- ⑧ Bis zur Wiedervereinigung soll Westberlin freie entmilitarisierte Stadt werden.

Lücke und Kurt Neumann (beide CDU). Danach nahmen die Abgeordneten den Vorschlag an, den Ältestenrat aus acht SPD- und fünf CDU-Mitgliedern zu bilden. Hinzu kommen noch der Präsident und die beiden Vizepräsidenten.

Deutsche Pkw-Produktion 34 v. H. gestiegen

Frankfurt (vwd). Die Gesamtproduktion der „sechs Großen“ der Automobilindustrie der Bundesrepublik stellt sich nach vorläufigen Angaben für 1958 auf insgesamt 1 329 063 Kraftfahrzeuge gegenüber einer vergleichbaren Gesamtproduktion von annähernd 1,1 Mill. Einheiten im Vorjahr. Damit ist allein die Kfz-Produktion der „Großen Sechs“, nämlich des Volkswagenwerks, der Opel-, Daimler-Benz-, Ford- und Auto-Union-Werke sowie der Borgward-Gruppe 1958 um ungefähr 25 v. H. höher gewesen als im Jahre 1957. Auf Personen- und Kombinationskraftwagen entfallen von der Gesamtproduktion nach den vorläufigen Angaben der angeführten Werke insgesamt 115 697 Einheiten, was gegenüber der vergleichbaren Vorjahresmenge einer Produktionszunahme um mehr als 34 v. H. entspricht. Der Gesamtexport der „sechs Großen“ wird mit 677 255 Einheiten angegeben, das sind 22 v. H. mehr als im Vorjahr.

Kohlenhalden rückläufig

Luxemburg (vwd). Die Kohlenhalden der Montanunion haben sich in der letzten Dezember-Woche von 25,15 auf 24,72 Millionen Tonnen verringert und waren damit erstmals seit längerer Zeit wieder rückläufig. Der Rückgang betraf vor allem den Bergbau in der Bundesrepublik und in Frankreich.

Debré zu Macmillan

Paris (ap). Der französische Premierminister Debré und sein britischer Kollege haben beschlossen, sich möglichst bald zu besprechen. Die Anregung zu diesem Treffen, das voraussichtlich im Februar in London stattfindet, ging von Macmillan aus.

Moskaus Deutschland-Attacke

W. Bonn. — Der Ruf nach Frieden ist unversehens selbst zu einem Kampfmittel geworden, zu einer neuen Waffe im Streit der großen Mächte. Seit langem werden Gewaltaktionen mit Friedensparolen begleitet. Während die Kommunisten in Korea, in Ungarn, auf Quemoy und jetzt in Berlin Brandfackeln entzünden, winken sie mit Palmwedeln und lassen die „Eriedenstaube“ um die Erde kreisen. Es ist nur ein Teil dieser verwirrenden Taktik, daß sie von Zeit zu Zeit auch die Forderung nach dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages erheben, wie es jetzt wieder in einer großangelegten diplomatischen Offensive geschehen ist.

*

Solche Vorstöße sind in der Vergangenheit regelmäßig erfolgt, wenn die Sowjetunion verhindern wollte, daß sich im westlichen Europa eine militärische Abwehrfront bildete. 1952 wollten sie auf diese Weise der Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft entgegenzutreten, 1954 der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Heute geht es ihnen vermutlich darum, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu vereiteln. Bisher haben diese Aktionen der sowjetischen Politik keinen Erfolg gebracht. Und es ist auch diesmal unwahrscheinlich, daß sich der Westen dadurch beirren läßt. Trotzdem liegt in dieser Serie der sowjetischen Vorstöße etwas zutiefst Beunruhigendes, weil die Gefahr besteht, daß große Teile der Welt in ihrer Friedenssehnsucht den Ruf nach Frieden für bare Münze nehmen und die Weigerung des Westens, in den Ruf einzustimmen, nicht verstehen.

*

Für Deutschland und die Deutschen kommt ein weiterer Grund der Unruhe hinzu. Die Sowjets scheinen das Gegenstück zu den sibyllinischen Büchern erfunden zu haben: je öfter der Westen ihre Vorschläge zurückweist, desto geringer wird ihr Angebot, desto höher steigt der Preis, den sie

verlangen. 1952 sah es noch so aus, als würden sie ein freies wiedervereinigtes Deutschland anbieten. Heute ist davon nicht mehr die Rede, sondern sie bestehen ausdrücklich darauf, daß die Sowjetzone kommunistisch bleiben soll. Dadurch wird in Deutschland das Gefühl bestärkt, daß die Zeit ein General sei, der für die Gegenseite arbeitet. In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen den verschiedenen Vorschlägen allerdings nicht so groß. In jedem Fall ging es den Sowjets darum, in Mitteleuropa Veränderungen zu schaffen, die auf die Dauer fast zwangsläufig ganz Deutschland in den sowjetischen Machtbereich führen müßten.

*

Das Unheimliche an der sowjetischen Politik liegt darin, daß sie beinahe wahllos vorschlagen kann, was ihr einfällt. Denn die Position des Westens auf dem kleinen Zipfel der großen europäisch-asiatischen Landmasse ist so verletzlich, daß beinahe jede Veränderung zum Vorteil der Sowjets ausschlagen muß. Ob nun die Amerikaner gezwungen werden, Deutschland zu räumen, ob der Bundeswehr verboten wird, in einem westlichen Verteidigungssystem mitzuarbeiten, ob ihr die modernen (und für die Abschreckung allein wirksamen) Waffen untersagt werden — jede dieser Veränderungen des prekären Gleichgewichts in Europa gibt der sowjetischen Macht Auftrieb und kann im freien Teil des Kontinents wieder das Gefühl der Ohnmacht und Wehrlosigkeit wachsen lassen, das vor der Errichtung der westlichen Abwehrfront herrschte.

*

Dem Westen bleibt daher gar nichts anderes übrig, als jeden derartigen Vorschlag der Sowjets abzulehnen. Er muß die unangenehme und unpopuläre Rolle des Neinsagers spielen, könnte aber seine Weigerung durch Gegenvorschläge bekunden, auch wenn sie wahrscheinlich von der anderen Seite nicht angenommen werden. Dabei befindet sich die

westliche Welt aber moralisch im Recht. Denn Veränderungen in Europa müßten eben darin bestehen, daß die unterdrückten Völker im Bereich des Ostblocks wieder ihre Freiheit erhalten. Im Bewußtsein ihrer Stärke denken die Sowjets aber heute sicherlich weniger denn je daran, ihren Machtbereich einzuschränken, sondern sie drängen nur immer weiter darüber hinaus. So muß auch der hauptsächlich Inhalt des neuen Vorschlags für einen deutschen Friedensvertrag gewertet werden.

Da dieser Vorschlag Moskaus vom freien Europa alles fordert und ihm nichts bietet, kann es nicht schwerfallen, ihn zurückzuweisen. Trotzdem ist es möglich, daß dieser Vorschlag zum Prüfstein wird; denn in den letzten Monaten hat man gerade in Deutschland manchmal gehört, ein deutscher Friedensvertrag, wie er vom Osten gefordert werde, sei immer noch besser als gar nichts. Die Politiker, die so gesprochen haben, werden nun ihre Vorstellungen überprüfen müssen. Sie hatten gehofft, auf diesem Umweg zur Wiedervereinigung kommen zu können. Nach dem sowjetischen Entwurf kann man diese Hoffnung nicht mehr hegen; denn die Sowjetvorschläge bieten diesem Rettungsanker keinen Halt.

*

Jetzt ist mit solchem „Eriedensvertrag“ nicht nur wie bisher Berlin — sondern die ganze Bundesrepublik attackiert. Das wird es notwendig machen, den ganzen Westen in einer ähnlichen Solidarität wie im Falle Berlin zur Erwidierung auf die Deutschland-Attacke zusammenzuführen. Der Westen wird in einer entsprechenden Antwort an Moskau den Versuch unternehmen müssen, die von den Sowjets erschwerte Diskussion um Deutschland wieder auf eine sachliche Ebene zu stellen. Gerade weil die Sowjets mit ihrer neuen Note und mit ihrem Friedensvertrags-Entwurf den Eindruck erwecken, als sei es ihnen primär um eine Fortdauer der deutschen Spaltung zu tun, nicht aber um ihre Überwindung, sollte der Westen versuchen, sie zu stellen.



BILDER DER WOCHE. Oben: Beim Neujahrsempfang in Bonn nahm Bundespräsident Heuss Glückwünsche der Diplomaten entgegen. V. l. n. r. Dänemarks Botschafter Hvass, Professor Heuss, Nuntius Muench, die Botschafter Smirnow und Hector d'Andrea (Argentinien). — Unten: Wirtschaftsminister im Hilton-Hotel. Vizekanzler Erhard im Gespräch mit Senator Hertz (links) während der Tagung der Länder-Wirtschaftsminister in Berlin.

